DEUTSCHLAND UND SEINE MITTELEUROPAPOLITIK*

Von Paul Kluge

Der heutige Vortrag dient der Durchleuchtung eines Problems, das zahlreichen europäischen Völkern in der Geschichte eines Jahrhunderts in der einen oder anderen Form begegnet ist, ihnen wiederholt viel zu schaffen gemacht hat und das vielleicht auch heute noch als eine lebendige politische Aufgabe der Gegenwart vor uns steht. Das mir aufgetragene Thema führt ganz in das Zentrum der historisch-politischen Problematik unseres Gegenstandes hinein. Denn hier geht es nicht nur um die Analyse politischer Anschauungen einzelner Staatsmänner oder Gruppen, oder um die Haltung eines einzelnen Volkes zu einer Frage lediglich seines eigenen engsten Lebensbereiches. Es werden vielmehr außer dem deutschen auch alle seine Nachbarvölker mitberührt: eine deutsche Mitteleuropapolitik bringt wesentliche Entscheidungen über das Dasein Deutschlands und seiner Nachbarn in einer bestimmten Form mit sich. Es ist einfach eine Folge des materiellen Gewichts, der zahlenmäßigen Größe des deutschen Volkes, seines Siedlungsraumes, seiner wirtschaftlichen Kraft, seiner militärischen und staatlichen Potenz, daß mit seiner Politik und seinem Schicksal auch das Schicksal seiner Nachbarvölker aufs engste verbunden ist. So ist der mir zuteil gewordene Auftrag für die heutige Tagung zwar sehr ehrenvoll, aber auch sehr dornig, ist jedenfalls als eine Aufgabe von besonderer Verantwortung empfunden worden. Unvollkommenheiten ihrer Erfüllung liegen nicht in oberflächlich-eifertiger Erledigung, sondern im persönlichen Vermögen und vielleicht auch in der Sache.

Es ist schlechterdings unmöglich, ein Problem, das selbst in seinem deutschen Aspekt so komplex ist, in seinem ganzen Umfange und in allen Verästelungen im Rahmen eines kurzen Vortrages zu behandeln. Selbstverständlich hat es ja auch in Deutschland selbst in häufiger und intensiver Diskussion gestanden, Vorstufen vieler Art sind da, Anpassungen an spätere Gegebenheiten; Bücher und Zeitschriften haben sich vielfach mit ihnen beschäftigt. Aber, abgesehen von dem Gebot der Zeit, brauchen wir uns umso weniger mit ihnen im einzelnen auseinanderzusetzen, als diese Erörterungen in dem bekannten Buche von Henry Cord Meyer dargestellt wurden, das aus der Schule Hajo Holborns in Yale stammt und das noch die bei weitem gründlichste Darstellung unseres Gegenstandes ist, auf der wir in vielem auch hier dankbar fußend stehen. Vor allem die Formulierung des Themas gebietet, von seiner literarischen Erörterung abzusehen und meine Ausführungen auf die tatsächliche Politik abzustellen, so wie sie wurde und sich in der rauhen Welt der Machtauseinandersetzungen entfaltet hat.

* Vortrag, der anlässlich einer Tagung des Collegium Carolinum in Regensburg am 22. November 1963 gehalten wurde.

Nur soviel sei mir noch gestattet zur allgemeinen Einleitung zu sagen, daß der Begriff Mitteleuropa zunächst ein geographischer, rein äußerlicher war und doch selbst hier schon längst problematisch erschien. Denn was umfaßte Mitteleuropa? Uns begegnen die Gegenüberstellungen West- und Ost-, Süd- und Nordeuropa, und wie hebt er sich davon ab, wo liegen die Abgrenzungen? Schon hierbei hat es die verschiedensten Antworten gegeben, mit Einbeziehung dieser und jener Räume aus den anderen Teilen Europas; das führte zu einem solchen Ineinander von Umschreibungen, daß die Geographen selbst sich wieder von ihren Begriffen zu distanzieren begannen, gleich, ob es der Wiener Hugo Hassinger war, der am intensivsten darum gerungen hatte und doch (1917 in einem Vortrage über das geographische Wesen Mitteleuropas) nur bekennen konnte, daß „seine Umriss schwankend bleiben“, oder Alfred Herkner, der seine Grenzen als „unbestimmt“ erklärte. Die Ratlosigkeit wurde schließlich so groß, daß schon bald einer aus der Zunft, Ludwig Neumann, in einem Handbuch von 1909 gesagt hat, daß nur eine Möglichkeit bliebe, „zu einer unzweideutigen Feststellung des Begriffes Mitteleuropa zu gelangen, nämlich die, es politisch zu erfassen“¹.

Gerade diesem Versuch nachzugehen, es politisch zu erfassen und zu erschaffen, das soll uns beschäftigen; hier beginnt nun erst recht das Problem.

Es ist bekannt, daß in der Mitte des 19. Jahrhunderts, als alle deutschen Dinge in Fluß gerieten, auch die politische Debatte um die Idee einer um Deutschland zentrierten mitteleuropäischen Ordnung eröffnet wurde; und zwar von dem Freiherrn von Bruck, dem großen Wirtschaftsminister des sich noch einmal konsolidierenden Österreich der Schwarzenberg-Epoche, wie im Norden durch Paul Lagarde. Es ist aber auch bekannt, daß die deutsche Politik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts davon nicht im entferntesten angerührt worden ist. Wenngleich Bismarck sich in den Anfangsjahren seiner Staatsführung die Wege nach verschiedenen Richtungen offenzuhalten verstand, in eine vielleicht ganz neue Zukunft hinein auch mit den neuen Kräften von Volkstum und von Arbeitern zu gehen erkundete, so hat er sich doch sehr bald von allen jenen Tendenzen distanziert, die er nicht sicher zu beherrschen und für seine Zwecke in den Rahmen der von ihm gesetzten Politik einzuspannen vermochte. Das galt erst recht, als die große Entscheidung von 1866 schnell und siegreich durchgefochten war. Nicht nebelhaften Konzeptionen wollte er nachjagen, sondern die Politik als Kunst des Möglichen führen, mit möglichst rational durchzurechnenden Faktoren, unter weitgehender Anerkennung der bestehenden Mächte, und so führte er eine Politik aus dem Kabinett und mit den Kabinetten. Er spielte jenes Spiel mit den fünf Kugeln, den anderen europäischen Großmächten und ihren Interessen, zwischen denen im Ausgleich, in dem Zueinanderführen, aber auch in der Aufrechterhaltung und Vertiefung großmächtlicher Rivalitäten, ein in sich und seinen Grenzen ruhendes deutsches Kaiserreich sein Dasein zu behaupten

¹ Vgl. dazu Rumpf, Helmut: Mitteleuropa. Zur Geschichte und Deutung eines politischen Begriffs. HZ 165 (1942).

hatte. Es war eine Politik tief durchdachter Staatsräson, die schließlich sogar in Gefahr geraten mochte, zur Staatsmechanik zu werden. Aber es war eine außenpolitische Beweglichkeit nach dem gegebenen Mächtesystem mit seinen festen geographischen Abgrenzungen und mit den Großmächten als den fast absolut gesetzten Kategorien für außenpolitisches Denken und Handeln. Demgegenüber wurden andersartige, übergreifende Ideen gern ironisiert und leicht beiseitegeschoben. „Qui parle de l'Europe a tort“, lautet ein bekanntes Wort Bismarcks. Ebenso hat der erste Reichskanzler auch keinen Gedanken an ein Mitteleuropa verschwendet. Nicht einmal das Wort hat er gebraucht, solange er im Amte war. Es war ein Österreicher, Baron Haymerle, der zuerst von dem deutsch-österreichischen Zweibund als dem Kern eines Bündnisses in „Mitteleuropa“ sprach. Bismarck hat erst im Alter, als ihn österreichische Studenten in Friedrichsruh besuchten, ein ähnliches Wort aufgegriffen, als er zu ihnen von Zentraleuropa redete.

Bismarck aber setzte Standard und Beispiel, er bestimmte die Vorstellungswelt wie die Handwerkstechnik der Wilhelmstraße für seine Nachfolger, auch wenn längst Deutschland in seiner Wirtschaft und Gesellschaft über die Anfangsjahrzehnte des Reiches hinausgewachsen war. Auch später dachte man in seinen Kategorien, man suchte wie er zu handeln, womöglich mit seinen Rezepten, wenn schon nicht mit seinen genialen Einsichten, man rechnete immer mit den europäischen Großmächten als festen Größen. Was ist aufschlußreicher als ein Wort Holsteins, das er 1891, als der Imperialismus der europäischen Mächte in voller Entfaltung war, um für eineinhalb Jahrzehnte die Weltgeschichte mit seinen hervorstechenden Zügen zu charakterisieren, zum Botschafter Grafen Monts gesprochen hatte, um jeden Gedanken an eine grundsätzliche Umgestaltung dieses bestehenden Mächtesystems von innen heraus von sich zu weisen? Monts hatte ihn nach eingehenden Gesprächen in Wien auf die drohenden Gefahren im Donaauraum aufmerksam machen und für die zukunftsträchtigen Möglichkeiten gewinnen wollen, falls bei einem planvoll-freudigen deutschen Einsatz über die bestehenden Grenzen hinaus sich ein mitteleuropäischer Raum als Aktionsgebiet eröffnen sollte. Holstein, der damalige wahre Lenker der Politik der Wilhelmstraße, aber schob alle solche Verlockungen kühl beiseite mit dem Wort: Er verstehe zu wenig von wirtschaftlichen Dingen, um das Problem der Raumnot aufgreifen zu können².

Wilhelm II. griff zur Einleitung einer deutschen Weltpolitik in unruhigem Umhertasten nach Stützpunkten in aller Welt, die deutsche Zukunft lag für ihn und für einen großen Teil des begeistert lauschenden deutschen Volkes auf dem Wasser, Tirpitz baute die Flotte, Deutschlands Handel und Wirtschaft näherten sich in ihrem Volumen dem englischen Stand und begegneten sich mit der altenglischen Weltmacht vielfach auf der Suche nach Absatzgebieten. Aber noch immer änderte sich in Europa nichts am Stile der deutschen Diplomatie, und Reichskanzler Bülow, der als der wahre Nach-

² H. C. Meyer 49. — Monts, A. Graf: Erinnerungen und Gedanken. S. 290.

folger des alten großen Reichskanzlers posierte, bewegte sich auf die gleiche Weise zwischen Thronen und höfischer Welt und gedachte mit Außenministern und militärischen Kräften und ihren Aufmarschplänen in dem gegebenen Staatensystem des alten Erdteils die deutsche Stellung zu behaupten.

Wir haben jedenfalls das Faktum zu konstatieren, daß ganz plötzlich, erst unter dem Geschützdonner der ersten Schlachten des Weltkrieges, bei der deutschen Reichsleitung eine Mitteleuropakonzeption auftauchte, als eine bisher nicht einmal vorgedachte, nur eine „angedachte“ Idee, keinesfalls aber als ein mit all seinen Voraussetzungen und Konsequenzen durchüberlegtes Thema; gleichwohl wurde diese Idee nun zum Kernpunkt des deutschen Kriegszielprogramms gemacht. Es ist eine Konzeption, die in Überlegungen deutscher Regierungsmitglieder uns zum erstenmal greifbar wird in dem Entwurf eines Programms, das sich Reichskanzler Bethmann-Hollweg Anfang September 1914 für einen erfolgreichen Kriegsausgang skizzierte, ehe noch der deutsche Vormarsch à la Schlieffen an der Marne seinen entscheidenden Rückschlag erhalten hatte. Daraus entfaltete sich eine Konzeption, die zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch in gewissen Zügen, bis in das letzte Kriegsjahr die Politik von Reichskanzlei und Auswärtigem Amt mitgeformt hat. Es erübrigt sich in diesem Kreise von Sachverständigen zu sagen, daß wir im folgenden für das Faktische weithin den Forschungen und Aktendarbietungen von Fritz Fischer³ folgen; ebenso erübrigt es sich auch zu betonen, daß Fischers Interpretation der deutschen Kriegspolitik als eines von Anfang bis Ende konsequent und aggressiv durchgehaltenen Griffs nach der Weltmacht scharfen Widerspruch hervorgerufen hat, einen Widerspruch, in welchem zu Recht darauf hingewiesen wird, daß insbesondere Bethmanns Politik vielmehr als Diagonale aus der Verteidigung und aus dem Handeln unter einem übermächtigen Zwang zu verstehen sei, sehr viel mehr jedenfalls denn als eine vorbedacht planende, aktive Gestaltung der Zukunft. Wir brauchen uns mit diesen Fragen hier nicht eingehender auseinanderzusetzen, denn uns geht es nicht um die rechte Interpretation deutscher Gesamtpolitik, als vielmehr um das Verständnis der darin eingeschlossenen Mitteleuropapläne. Dafür jedenfalls stellen allein schon die Aktendarbietungen Fischers eine einzigartige Quelle dar, die auch durch eine Edition französischer Historiker⁴ aus den Akten des Auswärtigen Amtes, bisher für die erste Kriegshälfte vorliegend, nur ergänzend bestätigt wurde.

Das nationalpsychologische Faktum des Kriegsausbruches war die englische Blockade, die Abschneidung Deutschlands, das bis unmittelbar an das Niveau Englands als Industriemacht emporgeblüht war und sich nun auf einmal von den Rohstoffen wie den Absatzmärkten in Übersee getrennt sah. Und diese Abschnürung hatte geschehen können trotz der deutschen Schlachtflotte, für und mit deren Bau Tirpitz, der Meister, der erste deutsche Köhner

³ Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Düsseldorf 1961 (Droste).

⁴ L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Publ. par André Scherer et Jacques Grunewald. Bd. 1. Paris 1962.

der Massenpropaganda, so viele überschwängliche Hoffnungen in seinen Landsleuten zu wecken verstanden hatte. Nun erwies sich auf einmal die Marine mit ihren schweren Schlachtschiffen als ein halbchimärischer Luxus, hingegen wurde überwältigend die Abhängigkeit der Industrienation von weltweiten Beziehungen, von der Sicherung eines genügend großen Wirtschaftsraumes vor Augen geführt. Daraus aber erwuchs in der aufflammenden Begeisterung des Kriegsbeginnes nicht etwa ein Gefühl der Schwäche, der hoffnungslosen Isolierung, sondern im Gegenteil der Wagemut zur trotzigen und siegesgewissen Behauptung auch gegen eine Welt von Feinden. Es erschien als der gerechte Preis des Ringens, einem solchen Behauptungswillen auch die unerschütterlichen geographischen und materiellen Grundlagen zu verschaffen. Bei führenden Männern der Wirtschaft, wie bei Arthur von Gwinner, dem Direktor der Deutschen Bank, oder bei Walter Rathenau begann das Suchen nach einem Raume, der der großen deutschen Industrie immer zur Verfügung stände. Vor allem Rathenau, von der Berliner Handelsgesellschaft und von der AEG her in weiträumigen Beziehungen denkend, jetzt Organisator der Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums, hat Bethmann-Hollweg auf diese Notwendigkeit hingewiesen und dargelegt, daß nur ein durch „Mitteleuropa“ verstärktes Deutschland in Zukunft in der Lage sei, sich neben den beiden angelsächsischen Weltmächten und Rußland unabhängig zu behaupten. Dabei war Rathenau optimistisch genug, auch Frankreich, mit dem ein Ausgleich herbeizuführen sei, in diesen Raum einzubeziehen. Er ist damit, von Gwinner unterstützt, der auch vor blinden Annexionen warnte und stattdessen aufforderte, Deutschlands wirtschaftliche Vorherrschaft in Europa zu etablieren, zu einem der wichtigsten Anreger der Mitteleuropakonzeption der Reichsregierung geworden. Er hat Bethmann tief beeindruckt. Aber schon im Entstehen des Gedankens zeigte sich neben der ganz einseitigen wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Außenpolitik zugleich auch die raumpolitische Problematik, indem in dieses Mitteleuropa eben auch Frankreich, die westeuropäische Macht, einbezogen werden sollte. Immerhin, Bethmann griff die Anregung auf, und in seinem September-Programm, das als allgemeines Ziel die „Sicherung des deutschen Reiches nach Ost und West auf erdenkliche Zeit“ aufstellte, erschien als der vierte Punkt (wörtlich): „Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren⁵.“

Hier, anscheinend am Vorabend des großen Westsieges, wurde der mitteleuropäische Raum nun noch weiter als in allen bisherigen Überlegungen ausgedehnt, er reichte vom Nordkap bis nach Sizilien, und auch Polen wurde

⁵ Fischer 112.

einbezogen. Wenn auch die wirtschaftlichen Aspekte herausgestellt wurden, so stand doch unausgesprochen dahinter die Erinnerung an den Deutschen Zollverein mit der preußischen Hegemonie und verführte vielleicht dazu, was aber auch durch die überstürzende Neuheit der Konzeption zu erklären ist, dem politischen Problem sehr wenig Beachtung zu schenken. Das beschäftigte wohl den Kanzler etwas, denn er überlegte weiter, wie Holland in ein noch „engeres Verhältnis zum deutschen Reich“ gebracht werden könne, wie man der „Eigenart der Holländer“ ein Verhältnis schaffen könne, das zwar frei von jedem Gefühl des Zwanges sei, welches aber doch, ohne eine Änderung im Gang des holländischen Lebens herbeizuführen und ohne militärische Pflichten bei einer äußeren Unabhängigkeit, die innerliche Abhängigkeit herstellen könne.

So wenig ausgearbeitet das Konzept des Reichskanzlers war, so wurde darin aber doch der verfassungspolitische, sozialstrukturelle Hintergrund leidlich deutlich: Es war das Programm für das Handeln eines Obrigkeitsstaates, der die Schwierigkeiten damit zu überwinden gedachte, daß er allein mit den ihm vertrauten Macht- und Herrschaftsmitteln auch den weiteren Raum fest in den Griff zu bekommen vermeinte. Die Fragen, die das 19. Jahrhundert schon der deutschen Geschichte gestellt hatte und die durch Bismarcks Reichsgründung und durch die Überlagerung der preußischen Regierungsformen über Deutschland zurückgestellt waren, nämlich die nach der liberalen oder gar demokratischen Strukturierung eines Raumes im Zusammenhang einer Staatsbildung, nach der Herstellung demokratischer Lebensformen bzw. auch nach den Möglichkeiten ihrer Rückgängigmachung, wo sie schon erreicht waren, wie in Holland, Skandinavien, gar in Frankreich, sind in den Bethmannschen Überlegungen der Septemberriederschrift noch gar nicht gestellt worden. Sie wurden von der deutschen Politik erst recht gegenüber dem Osten und Südosten, den vorhandenen oder erwachenden slawischen Nationalitäten ausgeklammert.

Insofern hat die deutsche Polenpolitik schon der ersten Kriegsmomente grundsätzliche Bedeutung auch für eine Urteilsbildung über die Mitteleuropakonzeption Berlins. Hier wurde ja zunächst Graf Hutten-Czapki, der polnisch-preußische Magnat, Ritter des souveränen Malteserordens, Mitglied des preußischen Herrenhauses und Oberstleutnant im Generalstabe, mit der Insurgierung Kongreßpolens betraut, und er sollte auch das polnische und ukrainische Problem im Generalstabe bearbeiten⁶. Doch wurde ihm schon im September 1914 dieser Auftrag entzogen, weil bei ihm doch zuviel propolnische Haltung zum Ausdruck kam und weil eine nach seinen Vorstellungen eingeleitete polnische Insurrektion auch die Anerkennung nationalpolnischer Ansprüche, wenigstens in gewissem Umfange, bedingt hätte. Berlin hat sich aber niemals die alleinige Bestimmung über das polnische Schicksal aus der Hand winden lassen wollen, und so erschienen denn auch sehr früh

⁶ Vgl. dazu Bogdan Graf Hutten - Czapki: 60 Jahre Politik und Gesellschaft. 2 Bde. 1936.

im politischen Gespräch über das Polenproblem die deutschen Ansiedlungsexperten für den Raum im Osten mit ihren „Grenzstreifenforderungen“ und ähnlichen Bedingungen. Umgekehrt aber nötigten auch Hoffnungen auf einen Sonderfrieden mit dem Zaren, die damals bestanden, zu einer besonderen Zurückhaltung gegenüber der polnischen Frage. Erst als Ende 1915 die russische Absage auf Friedensfühler kam, da stellte sich auch die Aufgabe an den Sieger im Osten, nun von sich aus das polnische Problem in vollem Umfange auch zur Lösung zu bringen, und sie hat seitdem auch die gesamte Mitteleuropapolitik mit ihrem Schwergewicht belastet.

Zu dieser Zeit⁷ (September 1915) hat der deutsche Generalstabschef, General Falkenhayn, die Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes gefordert, zunächst aus dem Zusammenschluß der vier miteinander kämpfenden Mächte, nämlich auch Bulgariens und der Türkei, zu einem langfristigen Schutz- und Trutzbund, dem auch wirtschaftliche und kulturelle Ziele zu stecken seien. Doch war es für Falkenhayn nicht ein in sich erstrebenswertes großes Ziel, sondern, da er die Planung eines Erschöpfungskrieges durch die Westmächte voraussah, weit eher ein „taktisches Kriegsmittel“⁸, um einen psychologisch-propagandistischen Effekt damit zu erzielen, der Welt Sand in die Augen zu streuen. Militärisch hat sich Falkenhayn von diesem Konzept gar nichts versprochen, da er Österreich für „einen Kadaver“ hielt; sollte hingegen, so überlegte er im gleichen Augenblick, aus einer deutsch-österreichischen Militärkonvention die „zu schlaffe“ und „schlampige“ österreichische Armee etwas „lernen“, so würde sie beim nächsten Krieg nur gegen Deutschland fechten, und es wäre überhaupt der Kampf um die Hegemonie mit Österreich aufzunehmen.

Angesichts solcher Zwiespältigkeiten im Urteil des Generals konnte Bethmann dessen Vorschlag auf sich beruhen lassen. Er wünschte nicht eine nur taktisch gesehene und letztlich doch zwecklose Abnützung einer Idee und konnte stattdessen an seinem eigenen Gesamtkonzept umso eher festhalten. Dieses letzte große Ziel war gar nicht so unähnlich dem, wie es damals der Historiker Hermann Oncken in einem Heidelberger Vortrag des gleichen Jahres⁹ zu formulieren suchte, als er Mitteleuropa als eine enge, organische Liga bezeichnete, eine „weltpolitische Betriebsgemeinschaft von zwei unabhängigen Großmächten, gezwungen, durch ihre Lage und den Haß der anderen, durch ihre Geschichte und ihre Zukunftsprobleme eine neue politische Existenzbasis zu suchen“. Nur daß sich bei dem Reichskanzler, wenn er ein solches Ziel anvisierte, sehr viel mehr als in dem harmonisierenden Bilde des akademischen Vortrages, doch die innerstaatliche Problematik des verbündeten Habsburgerreiches immer konkreter vor Augen schob und die deutsche Regierung vor ein Dilemma stellte, das mit den Mitteln der bisherigen Staatsführung unmöglich zu lösen war. Denn wenn für die Mitteleuropapolitik

⁷ Vgl. Scherer - Grunewald: Dokumente Nr. 134, 135, 137, 139—141.

⁸ Fischer 247.

⁹ Oncken, Hermann: Bismarck und die Zukunft Mitteleuropas. — Dazu Meyer 155.

auch lediglich deutsche Wirtschaftsinteressen vorangestellt wurden und diese weit nach Südosten auf den Balkan und die Türkei wiesen, so blieb doch schon selbst in diesem ökonomischen Bereich Österreich-Ungarn das Bindeglied in der geographisch entscheidenden Zwischenposition. Der deutsche Botschafter Tschirschky in Wien hat es so ausgedrückt: Für die Orientpolitik bleiben „wir auf ein eng an uns angeschlossenes Reich an der Donau als Durchgangsland angewiesen“¹⁰. Das heißt, ein gesunder Zustand des Habsburgerreiches war unerläßliche Vorbedingung jeder dauerhaften Südostpolitik, und auch Überlegungen um ein Wirtschaftsimperium konnten das österreichisch-ungarische Reichsproblem nicht außer Acht lassen. Wenn aber dazu auch noch die polnische Frage hinzugebracht wurde, die seit dem großen Ostsieg 1915 zwischen den kaiserlichen Verbündeten als unbeantwortet stand, so kommen wir von hier aus nun in den Kern der Dinge hinein. Die austropolnische Lösung, zu der damals die deutsche Reichsleitung neigte, mochte nämlich benutzt werden, um an eine Überlassung Polens an die Wiener Krone solche Bedingungen zu knüpfen, wie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Jagow es vorschlug, daß Österreich für alle Zukunft an der deutschen Seite gehalten werden konnte. Aber die Hinzufügung der polnischen Nation zum Habsburgerreich mußte andererseits dem schon jetzt so unruhig-bedrohlichen slawischen Element der Monarchie vollends das Übergewicht verleihen, während doch allein das bis jetzt noch vorherrschende Deutschtum den Bestand des Reiches und damit auch die gesamte Mitteleuropakonzeption garantierte. So befürchtete denn auch die deutsche Politik, die Überlassung des eroberten Polens möchte eine trialistische Form des Habsburgerstaates herbeiführen, aus welcher sie auch den Zerfall des Reiches kommen sah. Den Zerfall hielt sie aber für die größte Katastrophe, selbst wenn, wie es ebenfalls Tschirschky ganz im Einklang mit den Auffassungen der Wilhelmstraße formuliert hat, „dabei die deutschen Provinzen Österreichs gewonnen würden, was aus anderem bekannten Grunde für uns kaum wünschenswert wäre“¹¹.

Je näher man sich also an den Mitteleuropagedanken herantastete, umso deutlicher erkannte man auch seine innere Problematik an dem österreichischen Nationalitätengefüge. War es als bestimmender Faktor einzukalkulieren, war es zu ignorieren? Insgesamt läßt sich sagen, daß in einem gewissen Grade die Berliner Anschauungen hierüber konform gingen mit denen der meisten Sprecher des deutschen Bevölkerungsanteils Österreichs, insbesondere den böhmischen Stimmen um Franz Jesser und Ullmann, die nämlich den eindeutig deutschen Charakter Österreichs erhalten wollten und gerade zur Stärkung des österreichischen Deutschtums eine reichsdeutsche Mitteleuropapolitik bejahten. Ein solches Mitteleuropakonzept führte aber auch beinahe naturnotwendig zu einer wachsenden Ingerenz Berlins in die Wiener Staatsführung, die ohnehin schon längst nur noch mit dem Notstandsparagraphen zu arbeiten vermochte, zu einer Ingerenz dahingehend, daß von Deutschland

¹⁰ Vom 29. 10. 1915, zitiert nach Fischer 249.

¹¹ Fischer 250.

aus gesehen ebenfalls die österreichische Nationalitätenproblematik gänzlich negiert werden sollte bzw. daß man allein es unternahm, sie in einer politischen Kühltruhe mit Untertemperaturen auf dem gegenwärtigen Zustand zu erhalten, um dem Mitteleuropagedanken nachzujagen.

Dies sind die allgemein-politischen Voraussetzungen, von denen aus auf einer Konferenz im November 1915 Reichskanzler Bethmann gegenüber seinem österreichischen Gesprächspartner Baron Burián sein Mitteleuropa-projekt durchzusetzen versucht hat¹². Er schlug ihm vor, durch die Bildung eines unüberwindlichen mitteleuropäischen Blocks einem künftigen neuen Angriff vorzubeugen, um alle Möglichkeiten einer gesicherten Friedensperiode zu eröffnen. Bethmann forderte dazu zwar nur den Abschluß eines langfristigen Zollbündnisses, jedoch war die Grundlage seiner Vorschläge letztlich doch ein weltpolitisches Gesamtbild, das sein Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Jagow, damals in die Worte gekleidet hat, daß der Krieg der Entscheidungskampf zwischen Germanen und Slawen sei. Demgemäß forderte Jagow bei diesen Verhandlungen auch von den Bundesgenossen eine solche Interpretation des Bündnisses von 1879, daß dieses immer auf der deutschen bzw. auf der ungarischen Vorherrschaft in den beiden habsburgischen Reichshälften aufzubauen sei, und er wünschte aus „einem Gebot der Selbsterhaltung“ von Wien geeignete Vorkehrungen für eine Erhaltung der deutschen Vorherrschaft in Cisleithanien, „damit eine fortschreitende Slawisierung Österreichs verhindert und dem germanischen Element die im Interesse Österreichs als germanischer Ostmark zukommende führende Stellung wieder zugewiesen werden wird“. Burián, selbst ungarischer Abstammung, mochte sich gegen den Ausdruck „germanischer Osten“ wehren und auch die Slawen Österreichs nicht als grundsätzlich deutschfeindlich erklären; es steckte eben doch in dem Mitteleuropaprojekt auch solcher Männer, die dem Alldeutschtum so fern standen und so wenig zum Chauvinismus neigten, wie Bethmann und Jagow, die Deklassierung der österreichischen Reichsidee, und vor allem enthielt sie den Bannstrahl, die Achterklärung gegen das Slawentum, dem in diesem Konzept keinerlei politische Entwicklungsmöglichkeiten zugebilligt wurden.

In jenen gleichen Tagen des Spätherbstes 1915 erschien Friedrich Naumanns Mitteleuropabuch, das einen aufsehenerregenden Erfolg hatte, überhaupt wohl die wichtigste politische Broschüre aus deutscher Feder während des Weltkriegs wurde und den Mitteleuropagedanken so recht populär gemacht hat. Naumann hatte in seiner Frühzeit einem demokratischen Imperialismus angehangen, hatte aber in der Daily-Telegraph-Krise von 1908 das Vertrauen zum Flotten- und Industriekaiser verloren, er erahnte Gefahren eines hybriden Nationalismus und er hat auch schon früh versucht, die Anforderungen des Industriezeitalters mit kulturellen und sozialen Aufgaben der deutschen Nation in Übereinstimmung zu bringen. Theodor Heuß hat es¹³ so formuliert: Wenn Naumann in die Fußstapfen Friedrich Lists trat,

¹² Vgl. dazu Fischer 252ff. und Scherer - Grunewald: Dokument 165.

¹³ In seiner Naumann-Biographie, S. 255 ff.

so forderte er ein nationales System sozialer Ökonomie, in welchem ökonomische Instrumente dem sozialen Ziel zu dienen hatten. 1899 hatte Naumann seinen ersten Besuch in Österreich gemacht, die Freundschaft mit Richard Charmatz vertiefte sein Verständnis österreichischer Dinge und ließ ihn auch Ideen des Freiherrn von Bruck aufnehmen. Mit dem Verlust der deutschen Kolonien rechnete er nach Kriegsausbruch definitiv, und er sah den strategischen Rückzug Deutschlands aus der Welt auf den europäischen Kontinent als endgültig an. Aber er sah auch, daß hier nicht die Deutschen allein mit sich rechnen und planen dürften, daß kein einzelnes Wirtschaftsgebiet dieses Raumes groß genug für sich allein, für ein Volk allein sein würde: „Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein, wird von selbst die deutsche Welt- und Vermittlungssprache gebrauchen, muß aber vom ersten Tage an Nachgiebigkeit und Biagsamkeit gegenüber allen mitbeteiligten Nachbarstaaten zeigen,“ muß „Träger einer um das Deutschtum herum wachsenden vielgliedrigen starken und inhaltreichen Kultur“ werden¹⁴. Sein Mitteleuropabuch suchte die Idee tiefer in das Mittelalter zurückzudatieren, enger mit der alten Reichsidee zu verknüpfen, als es in Wirklichkeit haltbar war, durchaus in der inneren Kenntnis, daß die historische Forschung hier ihren Protest anmelden würde, aber in dem bewußten Anlauf zur Schaffung einer historischen Legende, die er nicht gerade für falsch, sondern nur für einseitig ausgewählt erklärte. Aber, so fragen wir heute, steckt nicht auch hierin schon das Eingeständnis einer gewissen Hilflosigkeit? Auch wenn Naumanns Buch die Wirtschaftsaufgaben und Zollfragen in den Vordergrund rückte und breiter behandelte, so erahnte er gewiß auch das darunter liegende Völkerproblem. Er verwahrte sich emphatisch gegen jede deutsche Einmischung in habsburgische Angelegenheiten — wie sie doch tatsächlich im selben Augenblick von Jagow und Bethmann geübt wurde — als ein gefährliches Experiment: „Österreich muß seine inneren Angelegenheiten selbst ordnen! Nur auf dieser Basis kann die Verbindung von Staaten dauerhaft sein¹⁵.“ Und er bejaht auch das Recht nichtdeutscher Nationalitäten, ihre nationale Individualität zu erhalten und eine demokratische politische Aktivität zu entfalten. Er sah, daß es künftig in Mitteleuropa, wie bislang noch in Rußland, nicht möglich sein werde, eine zwangsweise Germanisierung zu versuchen. Er kleidete das einmal, in Ausführungen gegen Entfranzösisierungsbestimmungen im Elsaß, in den Satz: „Wenn man verbieten wollte, auf dem Markte von Kolmar französisch zu sprechen, so würde man dort einfach französisch lachen.“ Er war aber optimistischer- und sehr irrtümlicherweise der Meinung, daß die Deutsch-Österreicher hierbei gerade die Reichsdeutschen belehren könnten, wie man mit anderen Nationalitäten gut zusammenleben könne. Er harmonisierte und idealisierte diese Grundlagen und wich damit doch dem tieferen Problem aus. Sein Mitteleuropa sollte ein wirtschaftlicher und ein militärischer „Oberstaat“ werden, der im übrigen die bestehenden Staaten unangetastet ließe,

¹⁴ Naumann: Mitteleuropa 101.

¹⁵ In der „Hilfe“ 1915, S. 175, zitiert nach Meyer 197.

so wie sie jetzt seien. Denn „kein Staat, der am neuen Oberstaat sich beteiligt, will dabei seine Staatshoheit, seine eigene schwer erworbene und blutig verteidigte Souveränität opfern“¹⁶. Und so blieben denn seine konstitutionellen Erörterungen über das zu schaffende mitteleuropäische Gebilde nicht nur vage, sie vertrauten auf das allmähliche Wachsen eines übernationalen Wirtschaftsstaates¹⁷, sondern Naumann überließ auch vertrauensvoll die Ausführung aller seiner Vorschläge „denselben Händen, die schon jetzt unsere Staaten geleitet haben“¹⁸.

Soviel einsichtiger und umfassender Naumanns Mitteleuropa-Buch war als alles, was bisher zum Thema gesagt wurde, und wie sehr er damit das Denken der weit über hunderttausend Käufer und der Millionen Leser vorangetrieben hat, so wenig Einfluß auf die Entwicklung ist damit von ihm erreicht worden, eben weil es die Dinge in den Händen derer ließ, „die uns bisher geleitet hatten“. Deutsch-Österreicher der ausgleichenden Richtung, wie Friedjung, Baernreither, Gustav Stolper, mochten die Schrift begrüßen, unüberhörbar war jedoch die eindeutige Gegenforderung Ullmanns, der die energische Beherrschung des Raumes durch die Deutschen verlangte. Unüberhörbar auch in Deutschland selbst die Entgegnung des dem Alldeutschtum zugewandten Historikers in Freiburg, Georg von Below, der sich empörte über Naumanns Neigung, „mit nichtdeutschen Elementen zu fraternisieren“. So wie in der innerdeutschen Diskussion die Alldeutschen immer mehr die öffentliche Meinung zu beherrschen, zu terrorisieren suchten — Belows Stimme ist nur beispielhaft für viele andere ähnliche von uns angeführt worden —, so ist bekanntlich auch in der politischen Führung Deutschlands die Reichsleitung immer mehr von der Obersten Heeresleitung, die sich in Ludendorff politisch mit dem Alldeutschtum eng verbunden fühlte, zurückgedrängt worden.

Die Reichskanzlei und das Auswärtige Amt hielten im großen und ganzen bis in den Sommer 1918 an ihrem Mitteleuropa-Konzept fest. So geschah es etwa in der Aussprache mit der Obersten Heeresleitung in Kreuznach am 7. Oktober 1917, am Vorabend der bolschewistischen Revolution, daß Kühlmann an der Ostfront auch eine austro-polnische Lösung befürwortete, allerdings dafür als Gegengabe die deutsche Beherrschung des Balkans forderte, insbesondere Rumäniens mit seinem Öl- und Getreidereichtum, und auch mit einer „deutschen“ Durchdringung Österreichs¹⁹, dem unter dieser Voraussetzung sogar eine trialistische, aber durch Zollunion und Militärkonvention mit Deutschland unwesentlich gemachte staatliche Auflockerung zugebilligt wurde. So wurde, entsprechend der zunehmenden Schwäche des habsburgischen Bundesgenossen, auch in dieser Konzeption die deutsche Hegemonie, um nicht zu sagen, das imperiale Moment in der Mitteleuropapolitik immer stärker zum Ausdruck gebracht. Im Januar 1918 meinte Kühlmann sogar prophezeien zu

¹⁶ Naumann: Mitteleuropa 232.

¹⁷ Ebenda 249.

¹⁸ Ebenda 231.

¹⁹ Fischer 564.

können, daß die erstrebte ökonomische und militärische Angliederung Österreichs „bei einigermaßen geschickter Führung auch zu einer bedeutenden Zunahme unseres Einflusses auf die auswärtige Politik der habsburgischen Monarchie führen muß“²⁰.

Und doch war selbst diese eindeutig hegemoniale Konzeption überhaupt schon nicht mehr bestimmend für die deutsche Politik, die vielmehr von der militärischen Seite her geprägt wurde. Ludendorff hatte sich schon 1915 als Herr in Oberost bezüglich Polens gegen eine austro-polnische Lösung gewandt. Jetzt, als die führende Persönlichkeit der 3. OHL, entwickelte er erst recht aus der überragenden Machtposition im Zentrum des militärischen Befehlsapparats nach dem russischen Zusammenbruch im Osten, angesichts des Fortgangs der schweren Westkämpfe und der bedrängenden Nöte der Blockade, aus Hybris und Not zugleich, die extreme Setzung für die deutsche Politik der zweiten Kriegshälfte, die durch den Namen Brest-Litowsk gekennzeichnet ist. Sie geht weg von Mitteleuropa, nach Osten und Nordosten und später auch weit nach Südosten; Mitteleuropa ist für diese Expansionspolitik im Osten allenfalls noch Flankenschutz, nicht mehr Selbstzweck; unter dem Diktat der OHL kündigt sich der „totale Krieg“ der späteren Zeit bereits an, in manchen konkreten Forderungen wie im politischen Stil und in der Argumentation. Ludendorff begründete seine Maßnahmen mit der Notwendigkeit, schon jetzt — anscheinend im Siege — sich auf den zweiten kommenden Krieg mit den angelsächsischen Mächten vorzubereiten, und es tauchte auch die völkische Ideologie mit allen darin verborgenen Keimen auf: nach seiner Meinung bestimmte der „Rassenhaß“ die Gegnerschaft im Osten²¹. Hier wurde der „Bodenkampf“ durchgeführt, es wurden weite Gebiete nicht nur zur Ansiedlung deutscher Bauern in Anspruch genommen, sondern auch bereits die Aussiedlung von Polen und von Juden gefordert²². Wenn in dieses Bild der alldeutschen Militärpolitik, so wie es sich in Ludendorffs Kopf abzuzeichnen begann, Österreich mit einem angegliederten Polen noch hineingepaßt werden sollte, dann nur noch in einer ganz zweitrangigen Rolle. So wurde etwa in Kreuznach eine Abtretung Österreichisch-Schlesiens erörtert, um eine direkte Eisenbahnverbindung mit Ungarn und Rumänien zu haben, und verknüpft mit „völkischen“ Schutzmaßnahmen zugunsten des Deutschtums in Polen. Das dreifache Bündnis schließlich, wirtschaftlich, militärisch und politisch, das Kaiser Karl und Burián im Großen Hauptquartier im Mai 1918, während der letzten Erfolge der deutschen großen Westoffensive unterschrieben, war jedenfalls keine Partnerschaft mehr und war kein mitteleuropäischer Ansatz.

Die eigentliche Wirkung, so möchte man sagen, hat Naumann paradoxerweise nicht bei den Mittelmächten, sondern bei dem Gegner ausgeübt. Hier war man durch den großen buchhändlerischen Erfolg seines Buches hellhörig

²⁰ So Kühlmann an Hertling am 7. Januar 1918, siehe Fischer 693.

²¹ Fischer 564.

²² Denkschrift vom 5. 7. 1918. Angeführt bei Fischer 704 und als Dokument Nr. 8 bei Geiß, Im.: Der polnische Grenzstreifen. Hamburg 1960, S. 170 ff.

geworden. Dabei denken wir gar nicht so sehr an die Pariser Wirtschaftskonferenzen vom März und Juni 1916, die gegen die Errichtung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsimperiums eine Verschärfung der Blockade und eine Planung für die Fortdauer der Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Mittelmächte auch nach dem Ende der Feindseligkeiten beschlossen hatten²³, als vielmehr an die politischen Folgerungen. In London saß als Haupt- und Wortführer der tschechischen Emigration T. G. Masaryk und hatte um Henry W. Steed und R. W. Seton-Watson einen Freundeskreis gefunden, der der Mitteleuropaidee ein anderes politisches Bild entgegensetzte, das er in einer neuen Zeitschrift, dem „New Europe“, zu entwickeln unternahm: das Bild jenes Europa, von Liberalismus und Demokratie aus dem Selbstbestimmungsrecht aller Nationen geprägt, die nach ihrer nationalen Befreiung von der Herrschaft dominierender Völker, der Deutschen wie der Russen des Zarisismus, in Harmonie nebeneinander leben könnten, mit dem selbstverständlichen Schutz andersnationaler Minderheiten und unter der Überwölbung eines Völkerbundes. Es war jene Ideologie, die Masaryk etwas später in seiner Kampfschrift gleichen Namens, „New Europe“, in Rußland unter den Zuckungen der bolschewistischen Revolution begonnen und in Amerika 1918 vollendet, entwickelt hat, jene Ideologie, die schon von London auch dem amerikanischen Präsidenten nahegebracht wurde und die in Wilsons Ansprachen und Programmen der Welt verkündet worden ist. Es sind jene Gedanken, die z. T. unvollkommen und andernteils verfälscht, die Grundlage der Versailler Ordnung gebildet haben.

In der bolschewistischen Revolution andererseits, die den großen deutschen Ostsieg ermöglichte, entstand das Gegenprogramm der Weltrevolution, die jedoch in der Leninschen Ideologie auch dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen ihren Platz zuwies, wenigstens in der vorübergehenden Auflockerung der alten Staaten und Gesellschaften, um sie zur Aufnahme der Saat der sozialistischen Revolution bereit zu machen. Von hier aus ist aus Ost und West die Ideologie geschaffen worden, die die Schlußphase des Weltkrieges bestimmt hat.

Wir haben schon vorweggenommen, wie Ludendorffs Antwort hierauf der Anruf eines völkisch umgeformten Nationalismus und die Maßlosigkeit der äußeren Expansion, nach innen die militärische Herrschaftsform, gewesen sind. Gegenüber dieser Antwort ist wohl die Mitteleuropakonzeption der politisch-diplomatischen Reichsleitung sehr viel maßvoller gewesen, aber schon unwirksam gegenüber der bisher vorhandenen Lage und erst recht völlig hilflos gegenüber den Ideen, die die westlichen Demokratien nun in der zweiten Kriegshälfte in ihren Dienst stellen konnten, à la longue auch hilflos gegenüber der so geschmeidigen bolschewistischen Ideologie. Die Mitteleuropa-Konzeption hat, als sie 1915 die Politik zu beeinflussen unternahm, nur den wirtschaftlichen Ausgangspunkt im Auge gehabt und die nationalen

²³ Cd. 8271, Recommendations of the Economic Conference of the Allies, held at Paris, June 1916. Siehe Meyer 240 f.

wie erst recht die sozialen Gegebenheiten aus der mitteleuropäischen Völkerfamilie zu bedenken nicht für nötig befunden. Wenn Jagow 1915 als Grundlage für die deutsche Mitteleuropapolitik auf die Situation des Bismarck-Bündnisses von 1879 verwiesen hat, so hieß das einfach vierzig Jahre europäischer Geschichte nicht zur Kenntnis zu nehmen; wenn Kühlmann in Brest-Litowsk glaubte, das Selbstbestimmungsrecht lediglich manipulieren zu können, um mit dieser Formel nach seinen eigenen Worten „zu nehmen, was man brauchte“, so wirkten Hochmut und hilflose Abkapselung vor der Weltentwicklung noch krasser. Denn in Wirklichkeit waren dem Mitteleuropa-Projekt, das bestenfalls auf einer statischen Weltansicht, wenn nicht auf einem nackten Wirtschafts imperialismus basierte, die ideellen Grundlagen längst entzogen.

Wir befinden uns mit dieser Darlegung, die doch einen Aspekt deutscher Außenpolitik bis zum Ende des Deutschen Reiches behandeln soll, erst im Jahre 1918, und ich habe Ihre Zeit schon so lange in Anspruch genommen; doch ich kann mich jetzt kurz fassen. Nach dem Zusammenbruch war die deutsche Regierung für Jahre ohnmächtig und jeder eigenen aktiven Politik unfähig. Sie hatte alle Hände voll zu tun, die Fortsetzung des Krieges auch nach Versailles mit anderen Mitteln in Ost und West abzuwehren, sodann aber sich aus Inflation und Reparationen herauszuarbeiten. Aber nun war auch die Umwelt eine ganz andere geworden. Statt der beiden anderen Kaiserreiche gab es in Ostmitteleuropa den „Cordon sanitaire“ mit seiner doppelten Funktion der Abwehr des Bolschewismus und der Umzäunung Deutschlands, mit seiner Ausrichtung auf Paris als dem kontinentalen Machtzentrum. Und die Staaten dieses Gürtels selbst, sie betrachteten sich nicht nur als Funktionäre im wörtlichsten Sinne, sondern sie lebten aus eigenem Recht der Nationalitäten, auch der kleinsten, wie es in idealer Form von Masaryks neuem Europa verkündet, von Wilson unter einer weltweiten Idee in Verbindung mit den individuellen Freiheitsrechten der Demokratie hergestellt und unter die Gesamtordnung eines Völkerbundes gebracht werden sollte, eines Völkerbundes reifer und allgemein verantwortlicher Nationalgesellschaften. Die so unvollkommene Realität eines solchen Völkerbundes und der ihm zugewiesenen europäischen Ordnung rührte dann nicht nur von dem Fernbleiben der sich wieder freiwillig isolierenden USA her, sondern auch von dem nationalistischen Überschwang der neuen Staaten, die sich auch jedem regionalen größeren Zusammenschluß widersetzen würden. Eine deutsche Mitteleuropapolitik hatte daher in dieser Staatenwelt gar keinen Ansatz mehr. So urteilte sehr richtig aus dieser Situation heraus Fritz Hartung, als er 1923 den Mitteleuropaartikel für das von Paul Herre herausgegebene „Politische Handwörterbuch“ schrieb, daß wohl die Auflösung der durch so viele gemeinsame Erinnerungen und Interessen einst verbündeten beiden Kaiserreiche zu der Frage drängte, wie auf ihrem Raum überhaupt ein friedliches Zusammenleben ermöglicht werden könne; Hartung sah aber auch, daß die Hindernisse der Vergangenheit und die nationalen Gegensätze der Gegenwart schärfer als je seien und wirtschaftliche Interessen keinesfalls überall

einigen dürften. „So lautet die mitteleuropäische Frage heute nicht mehr: wie kann Mitteleuropa zur Einheit zusammengefaßt werden, sondern nur, wie kann die Balkanisierung Mitteleuropas verhindert werden?“

Es ist auch wohlbekannt, daß auf eine solche Frage nur von ganz wenigen Leuten in Deutschland mit einem Hinweis etwa auf den Völkerbund und dessen zu aktivierende Politik geantwortet wurde. Beinahe überwiegend, jedenfalls von den Rechtsparteien bis weit in die Mitte hinein, wurde vielmehr der Völkerbund abgelehnt. Hier wurde die Antwort auf die obige Frage des Historikers vielmehr zunächst in einer Zusammenfassung des Deutschtums gesucht, und in dem Schutz der jetzt als Minderheiten in den neuen, sich als Nationalstaaten gebärdenden, Staaten lebenden Deutschen; deutsche Volksgruppen bildeten sich. Für ihren Schutz und die Erhaltung des deutschen Gedankens setzte sich der Verein für das Deutschtum im Auslande ein, jedoch entwickelte sich auch bei ihm, mit den Vorgegebenheiten des Alldeutschtums, immer stärker der völkische Gedanke, der die endgültige Lösung nur in der deutschen Wiedererstarkung und der Beherrschung des Raumes durch das Deutschtum zu finden meinte.

Selten wurde eine ideelle Verbindung deutscher Lebensaufgaben mit den neugeschaffenen nationalen Gegebenheiten der Umwelt unter der Mitteleuropaidee gesucht. Manche Nachklänge finden sich noch bei Eugen Schiffer, der ja während des Krieges sich im Dienste dieser Idee vor allem mit einer Angleichung der deutschen und österreichischen Rechtsinstitutionen befaßt hatte²⁴, jetzt führendes Mitglied der Demokraten und öfters als Reichsjustizminister in Kabinetten tätig. Er hat einmal in einer Unterhaltung von 1921 den Gedanken von den drei Kreisen geäußert, die anstelle des gegenwärtig unhaltbaren Zustandes treten müßten: „Deutschland und Österreich als ein innerer Kern, um den sich dann Mitteleuropa als nächster, gleichfalls sich von dem weiteren abhebender Völkerkreis abhebe, während diese weitere Umwelt ihrerseits jene Gesellschaft der Nationen bilde, die im Völkerbund ihren Ausdruck gesucht, aber noch nicht gefunden hat.“ Ein andermal spricht er in ähnlicher Weise von den „Vereinigten Staaten von Mitteleuropa“ als vielleicht dem ersten Ansatz zu den vielerörterten „Vereinigten Staaten von Europa“²⁵.

Gegenüber solchen Überlegungen, die im stillen Kämmerlein angestellt wurden und dort verblieben, war es die große Leistung von Stresemann, daß er die deutsche Politik über das bloße Reparations- und Sicherheitsgespräch hinausgeführt und es auch verstanden hat, Völkerbundspolitik und zukunftssträchtige Politik des deutschen Reiches wie des deutschen Volkstums in Einklang zu bringen. Dabei hat er dann nicht nur die Tribüne in Genf als ein Weltforum zum Schutz deutscher Minderheiten benutzt, wie etwa in Südtirol, für das er als deutscher Außenminister

²⁴ Meyer 147.

²⁵ Eugen Schiffer, Nachlaß im Bundesarchiv, Rep. Bd. 1, S. 170 und Aufzeichnung datiert auf den 27. 1. 1922 im Nachlaß Bd. 4, Blatt 865. Die Mitteilung verdanke ich Herrn Dr. H. Seier.

völkerrechtlich gar nicht zuständig war, sondern er sah auch als ein notwendiges innerpolitisches Gegenbild, um solche Außenpolitik glaubwürdig zu machen, auf deutscher Seite eine ganz freiheitliche und wohlfundamentierte Minderheitenschutzordnung an. Die Interdependenz innerpolitischer Form und außenpolitischer Zielsetzung, über die alle Projekte der Reichsleitung bis 1918 mit hartem Tritt glaubten hinwegschreiten zu können, war ihm selbstverständlich und ist die Grundlage seiner außenpolitischen Konzeptionen geblieben. So forderte er etwa²⁶ ein Minderheitenrecht in Deutschland gerade wegen seiner außenpolitischen Zielsetzungen, von denen das nächstliegende Ziel die schrittweise Revision der politisch und wirtschaftlich unhaltbarsten Grenzbestimmungen der Friedensdiktate sei; das Fernziel bleibe jedoch „die Schaffung eines Staates, dessen politische Grenzen alle deutschen Volksteile umfaßt, die innerhalb des geschlossenen Siedlungsgebiets in Mitteleuropa leben und den Anschluß an das Reich wünschen“.

Nun, weil dank Stresemanns Leistung das Ausland auch nach dem Tode des großen Außenministers den Glauben an eine Fortführung solcher deutschen Volkstums- und auch deutschen Minderheitenpolitik im Rahmen einer europäischen Gesamtordnung sich lange bewahrt hat, ist dann Hitler die Politik seiner ersten Jahre, bis hin nach München, zumal von englischer Seite aus ermöglicht worden.

Wenn Hitler sich dieser Tarnung auch selbst recht gern bedient hat, so hat er es doch niemals für nötig befunden, auch die eigentliche Mitteleuropa-idee im engeren Sinne in solchen Dienst zu stellen. Nicht einmal der Begriff kommt in seinem Wörterbuch vor. Die Millionenmassen der Anhänger haben wohl nicht in ebensolcher Eingleisigkeit und mit gleicher Brutalität wie der „Führer“ den Lebensraumkampf der Deutschen gegen andere Völker als Daseinsaufgabe angesehen: doch hat auch bei ihnen der Mitteleuropagedanke nicht nachgewirkt. Nur zwei Historiker älterer Schule, die damals noch lehrten, die aus ihrer bisherigen Lebensarbeit noch einer gesamt- oder großdeutschen Geschichtsbetrachtung nahestanden, suchten wohl in jenen Jahren die Kontinuität deutscher Vergangenheit und Gegenwart darzulegen, indem sie die Politik der Gegenwart an mitteleuropäische Raumideen anzuknüpfen unternahmen, nämlich Heinrich von Srbik und Wilhelm Mommsen. Aber sie zogen sich später enttäuscht in die Vereinsamung zurück; sie hatten zudem aus ihren unmittelbaren Erfahrungen an verschiedenen Universitäten doch übereinstimmend mit Bedauern feststellen müssen, daß ihre Studenten von dem Wirken Friedrich Naumanns und seinem Mitteleuropabuch nichts mehr wußten und sogar den Namen des Mannes kaum noch kannten²⁷. Wenn aber von einer der nationalsozialistischen „Bewegung“ näheren Geschichtsinterpretation die Mitteleuropa-Idee doch einmal aufgegriffen wurde, so geschah es, um dem älteren Begriff seine geographische Unbestimmtheit zu beschei-

²⁶ In einer Denkschrift vom 13. Januar 1925. Zitiert von Höltje, Christian: Die Weimarer Republik und das Ostlocomo-Problem. S. 101 ff.

²⁷ Vgl. W. Mommsens Besprechung der Naumann-Biographie von Theodor Heuß: Zur Biographie Friedrich Naumanns. Miscelle in der HZ 161 (1940) 539.

nigen, dagegen den — radikal überbetonten — politischen Inhalt als seine alleinige Wesenhaftigkeit hervorzukehren und zu erklären, daß gerade „die expansive Tendenz aller Mitteleuropa-Bilder“, die meist den „Anschluß an den Vorderen Orient“ gesucht hätten, einer wahrhaft „imperialen Denkweise“ entsprochen habe²⁸.

Damit mochte eine geistige Verwandtschaft behauptet werden, und mit einer solchen ehrenden Charakterisierung versehen, konnte allenfalls auch die Mitteleuropa-Idee „rechtlich und politisch als Vorstufe und Vorhof zum Reich“ ihre nationalsozialistische Anerkennung finden. Nun, das mochte in die Willkürdeutungen damaligen Geschichtsverständnisses passen, sachlich ist die Herstellung solcher Zusammenhänge nicht vertretbar. Wenn sich im Ersten Weltkriege irgendwo Analogien zu oder Keime für den Hitlerschen Kampf um den Lebensraum finden, so sind sie in der Ostpolitik Ludendorffs und der alldeutschen Ideologie zu suchen. Doch geht es nicht an, die Mitteleuropapolitik des Auswärtigen Amtes mit der Deklaration einer Vorstufe des nationalsozialistischen Expansionismus zu belasten.

Ich darf zusammenfassen. Eine deutsche Mitteleuropapolitik als konkretes Konzept deutscher Diplomatie ist ein Kind des Ersten Weltkrieges gewesen. Sie zeigte auch, um im Bilde zu bleiben, alle Schwächen einer Notgeburt, sie war und blieb vor allem mit der „englischen Krankheit“ behaftet, d. h. sie konnte niemals verleugnen, daß sie als Abwehrmaßnahme gegen die englische Blockade, die Abschneidung von der Weltwirtschaft, zur Schaffung eines unverletzlichen Wirtschaftsraumes konzipiert war, und sie hat sich nicht über die wirtschaftsimperialistischen Grundlagen hinausbewegt. Ihre Befürworter in der Regierung haben dagegen von dem englischen Gegner jenseits des Kanals, mit dem sie die Wirtschaftskriegsführung als ein entscheidendes Kampfmittel anerkannten, nicht auch andere seiner Regierungsmaximen zu übernehmen verstanden, nämlich die Bereitschaft, sich rechtzeitig den großen politischen Tendenzen der Zeit anzupassen. Sie haben es unterlassen, sich ausreichend mit den nationalen, sozialen, demokratischen Ideen der Zeit als einer weiteren unerläßlichen Vorbedingung für die Schaffung eines Mitteleuropablocks, der ein Vielvölkergebilde sein mußte, auseinanderzusetzen. So hat für die deutsche Außenpolitik die Mitteleuropa-Idee, dieses Notkind des Ersten Weltkrieges, auch mit diesem selbst als praktische Zielsetzung und raumordnende Möglichkeit ihr Ende gefunden.

²⁸ Rumpf, Helmut: Mitteleuropa. Zur Geschichte und Deutung eines politischen Begriffs. HZ 165 (1942) 510 ff., hier das Zitat auf S. 524. Dieses Datum und jenes nur zwei Jahre früher liegende von Mommsens Naumann-Besprechung sind nicht uninteressant für den Zusammenhang des wissenschaftlichen Gesprächs mit der Hitlerschen Expansion der ersten Kriegshälfte.